



# Gewerkschaft der Polizei Landesbezirk Rheinland-Pfalz

17.11 – Mainz 27.5.2011

*Liebe Kolleginnen und Kollegen,*

*am 25.5. habe ich für Euch die Regierungserklärung von Ministerpräsident Kurt Beck im rheinland-pfälzischen Landtag verfolgt. Die mir aus gewerkschaftlicher und polizeilicher Sicht wichtigen Passagen habe ich ausgewählt. Die komplette, über 2 Stunden dauernde Rede findet Ihr unter:*

*<http://www.rlp.de/ministerpraesident/reden/regierungserklaerung-2011/>*

*Die GdP wertet in Gesprächen mit Fachleuten des DGB und mit den im Landtag vertretenen Parteien derzeit aus, welche Konsequenzen zu erwarten sind. Die Auswirkungen der Schuldenbremse haben wir bereits mit dem GdP-Landesvorsitzenden des Saarlandes, Koll. Hugo Müller, im geschäftsführenden Landesvorstand diskutiert. Wichtig: Bei den Einsparungen in 2012 handelt es sich um die erste Tranche von neun weiteren! Jede einzelne 220 Millionen Euro schwer! Es ist unschwer vorstellbar, dass alles Mögliche auf den Prüfstand der Finanzer kommt. Wir müssen uns auf Einiges gefasst machen.*

*Bemerkenswert (und falsch) finde ich, mögliche Einnahmeverbesserungen nur für die Tilgung von Altschulden, statt für die Abmilderung der Schuldenbremse zu verwenden. Damit führt man jedes Engagement der Steuerverwaltung ad absurdum.*

*Es ist zu fürchten, dass ein Kampf der Ressorts untereinander ausbrechen wird. Und da die Verantwortung für die Einsparung laut Rede konsequent auf die Ministerien übertragen wird, droht ein Kampf innerhalb des Innenministeriums, bei wem die Kürzungen ansetzen werden. Die Polizeiabteilung ist nur eine von acht weiteren im Ministerium des Innern, für Sport und Infrastruktur.*

*Wir brauchen eine starke Interessenvertretung! Helft uns bei unserer Arbeit für die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger - und für unsere sozialen Interessen. Unterstützt Eure GdP. Werbt bei unseren Kolleginnen und Kollegen für die Mitgliedschaft in unserer solidarischen Gemeinschaft!*

*Mit kollegialen Grüßen*

*Ernst Scharbach*

*Landesvorsitzender*

*Auszüge aus der Regierungserklärung:*

## Gute Arbeit

Arbeit ist mehr als Existenzsicherung. Jede gut gemachte Arbeit verdient hohen Respekt, jede gut gemachte Arbeit hat ihren Wert. Unsere Arbeitsgesellschaft befindet sich aber in einem tiefgreifenden Wandel. Die Globalisierung hat den Arbeitsmarkt verändert. Durch Befristungen, Leiharbeit und die massive Zunahme niedrig entlohnter Beschäftigung bietet Arbeit für Viele keine sichere Lebensgrundlage mehr. Wir werden uns weiter dafür einsetzen, dass die Menschen von ihrer Arbeit anständig leben können. Deshalb ist der Einsatz für eine zukunftsfähige Aus- und Weiterbildung, der Kampf um **Mindestlöhne** und gerechte Bezahlung, das Ringen um die gleiche Bezahlung von Frauen und Männern, von Stammbeschafteten und Leiharbeitern so wichtig. Wir stehen für sichere und zukunftsfähige Arbeitsplätze, für die Regelung der Arbeitsbedingungen und die Entlohnung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer auf der Grundlage von Tarifverträgen und für die Eindämmung prekärer Beschäftigungsverhältnisse.

Dazu gehören selbstverständlich flächendeckende gesetzliche Mindestlöhne. Dazu gehört auch die Aufnahme aller Branchen in das Arbeitnehmer-Entsendegesetz und eine **effektive Verfolgung von Verstößen** dagegen, damit Tarifverträge wieder die Regel werden. Außerdem muss der Grundsatz gelten: Gleicher Lohn für gleiche Arbeit am gleichen Ort.

Mit dem **Tariftreuegesetz** des Landes sorgen wir dafür, dass bei der öffentlichen Auftragsvergabe Tariftreue und ein Mindestbruttostundenlohn für Bieter verbindlich vorgeschrieben werden können und sollen. Damit sorgen wir auch dafür, dass bei der Vergabe von öffentlichen Aufträgen ein fairer Wettbewerb sichergestellt ist. Wir werden das Landestariftreuegesetz zügig etablieren und für breite Akzeptanz sorgen.

Und denen, die sich dagegen wehren, die wieder einmal vorhersagen, dass der Untergang nah ist, wenn Mindestlöhne und Tariftreue gesetzlich festgeschrieben werden, denen sage ich: Das hat man früher auch von der Mitbestimmung in den Betrieben, von der Lohnfortzahlung und vom Streikrecht gesagt. Heute wissen wir: Zu den wichtigsten Stützpfeilern der Sozialen Marktwirtschaft gehören starke Belegschaften, starke Betriebs- und Personalräte, die wirklich mitentscheiden können.

Wenn man sich betrachtet, zu welchen wirklich klugen, hilfreichen Lösungen die Tarifpartner in der hinter uns liegenden Wirtschaftskrise gekommen sind, wie erfolgreich Unternehmen und Arbeitnehmervertreter gemeinsam darin waren, die Beschäftigten im Betrieb zu halten, statt sie auf die Straße zu setzen, dann weiß man, wieso diese Koalition die Arbeitnehmerrechte und die Mitbestimmung in den Betrieben weiter stärken will – weil starke Arbeitnehmer gut sind für den unternehmerischen Erfolg.

Unverzichtbare Partner für eine erfolgreiche Wirtschaft und für eine soziale Politik sind starke Gewerkschaften. Ich lege deswegen großen Wert auf den regelmäßigen Austausch mit den Vertreterinnen und Vertretern der **Gewerkschaften, der Betriebs- und Personalräte** im Land. Diesen Dialog haben wir bereits institutionalisiert mit den erfolgreichen Betriebs- und Personalrätekonferenzen. Wir werden sie ebenso fortsetzen wie die enge Zusammenarbeit und Finanzierung der Technologieberatungsstelle des Deutschen Gewerkschaftsbundes.

Dass die Zahl der armen Menschen zunimmt, dass die **Kluft zwischen Arm und Reich** wächst, dass der Mangel an materiellen Möglichkeiten immer mehr Mitbürgerinnen und Mitbürger – vor allem die Kinder – ihrer Zukunftschancen beraubt, all das darf nicht sein. All das müssen wir bekämpfen. Wir arbeiten dafür, dass unsere Gesellschaft die Kraft zur Solidarität behält!

### **Finanzen – nachhaltige und sozial gerechte Konsolidierung**

Hinter uns liegt eine Finanz- und Wirtschaftskrise, die das ganze Weltwirtschaftssystem erschüttert hat. Die Folgen sind noch immer deutlich spürbar, auch wenn sich – in Rheinland-Pfalz stärker als anderswo in Deutschland – der Aufschwung wieder zeigt. Aber auch wir müssen unsere Aufgaben angehen und neben den strukturpolitischen Fragen auch der Verschuldung weiter entgegenwirken. Deswegen haben sich die Partner der Koalition darauf verständigt, die Finanzen des Landes wirksam und dauerhaft zu konsolidieren.

Das Ziel ist ein Landeshaushalt, der **ab 2020 ohne neue Kredite** auskommt. Diesen Weg haben alle Fraktionen gemeinsam in unserer Verfassung vorgezeichnet. Der Weg dahin führt über eine nachhaltige, soziale und gerechte Finanzpolitik. Auch, nein: gerade in schweren Zeiten ist eine Politik der fairen Lastenverteilung und der sozialen Balance entscheidend. Wir werden die Bedingungen der Schuldenbremse erfüllen. Aber wir wissen auch: Das wird ein hartes Stück Arbeit – auch Überzeugungsarbeit, wie wir schon jetzt sehen können.

Ich weise an dieser Stelle darauf hin: Rheinland-Pfalz hat ja keine Schulden aufgenommen, um das Geld leichtfertig auszugeben. Wir haben in den vergangenen Jahren und Jahrzehnten klug in die Zukunft unseres Landes investiert: In die Infrastruktur, in die Wirtschaftsförderung, in die Wissenschaft, in die Schulen und in die Kindergärten. Wir haben damit viel erreicht. Unser Land ist attraktiv für Unternehmen, die gerne nach Rheinland-Pfalz kommen, für die hochqualifizierten Fachkräfte, die gerne in Rheinland-Pfalz arbeiten, und für Familien, die gerne und gut in Rheinland-Pfalz leben. Ohne die staatlichen Investitionen und ohne finanzielle Impulse wäre uns der Wandel zum Industrie- und Hochtechnologieland Rheinland-Pfalz nicht gelungen.

Außerdem hatten wir in den zurückliegenden 20 Jahren Belastungen zu schultern, denen wir uns nicht entziehen konnten und nicht entziehen wollten.

An erster Stelle sei die **Deutsche Einheit** genannt. Die Wiedervereinigung unseres Vaterlandes war ein historischer Glücksfall für uns Deutsche und für Europa. Aber: Die Wiedervereinigung, die Angleichung der Lebensverhältnisse in Ost und West musste auch bezahlt werden.

Rheinland-Pfalz hat sich seit 1990 mit vielen Millionen Euro am Aufbau Ost beteiligt. Diese Unterstützungsleistung haben wir gerne und ich darf sogar sagen: mit Freude erbracht. Denn sie war nötig. Sie war richtig. Sie hat uns einander in Ost und West näher gebracht.

Mit dem Ende des Kalten Krieges kam das Ende der Stationierung vieler ausländischer Streitkräfte auf deutschem Boden. Als Konsequenz mussten wir uns hier in Rheinland-Pfalz damit auseinandersetzen, was mit den über 600 Militärliegenschaften in unserem Land passieren sollte, die plötzlich ungenutzt waren.

Wir mussten uns der Herausforderung stellen und heute darf ich sagen: Wir haben uns ihr erfolgreich gestellt. Mit unserem **Konversionsprogramm** haben wir Maßstäbe für die gelungene Umnutzung von militärischen Einrichtungen gesetzt. Die Hilfe des Landes hat gewirkt: Mehr als 50.000 neue zivile Arbeitsplätze sind entstanden. Auch das hat viel Geld gekostet – 1,6 Milliarden Euro. Aber es war nötig. Es war richtig. Es hat sich am Ende für die Menschen in Rheinland-Pfalz ausgezahlt.

Das alles ändert aber nichts an der Tatsache, dass wir nun unsere Anstrengungen zum **Abbau der Neuverschuldung** verstärken werden. Wir wollten die Schuldenbremse im Grundgesetz, wir haben sie in der vergangenen Legislaturperiode – von allen Landtagsfraktionen getragen – in unsere Landesverfassung aufgenommen – nun ist es an uns, diese Verpflichtung zu erfüllen, die wir uns selbst auferlegt haben.

**Zur Haushaltskonsolidierung gehört, dass wir höhere Einnahmen, wie sie die jüngste Steuerschätzung vorhersagt, ausschließlich für den Abbau von Schulden verwenden** und für solche Investitionen, die die öffentlichen Haushalte langfristig entlasten.

Wenn wir es ernst meinen mit der Konsolidierung der Staatsfinanzen in diesem Land, dann müssen wir uns aber auch gegen alle Bestrebungen wenden, die eine weitere Verschlechterung der **Einnahmebasis** des Landes zur Folge haben. Anders gesagt: Steuersenkungen kann es nicht geben. Die Steuerbelastung in Deutschland ist im internationalen Vergleich schon heute unterdurchschnittlich, besonders bei den vermögensbezogenen Steuern. **Faktisch leben wir in einem Niedrigsteuerland für Wohlhabende.** Die **Vermögenssteuer** ist seit 1997 abgeschafft, die **Erbschaftssteuer** ist rückläufig. Wir streben deshalb eine angemessene Besteuerung von Vermögen an, und zwar durch eine Reform der Erbschaftssteuer, ergänzend oder alternativ dazu die Wiederein-

führung der Vermögenssteuer sowie die Erhöhung des **Spitzensteuersatzes** bei der Einkommensteuer.

Dennoch: Der überwiegende Teil der Konsolidierungsaufgabe wird im Land selbst zu leisten sein. Um die Vorgaben der Schuldenbremse im Jahr 2020 einhalten zu können, müssen wir Jahr für Jahr durchschnittlich 220 Millionen Euro konsolidieren. Wenn die Wirtschaft sich weiterhin stark entwickelt und die vom Arbeitskreis Steuerschätzung in seiner jüngsten Prognose für die nächsten Jahre erwarteten Steuereinnahmen realisiert werden können, wird sich auch der Konsolidierungsbedarf verringern. Die Konsolidierungsanstrengungen werden aber unvermindert groß sein müssen.

Natürlich müssen wir die Ausgaben des Landes senken. Einige **Kürzungen** werden wehtun, andere werden für die Bürgerinnen und Bürger im Land gar nicht wahrnehmbar sein. Und es gibt **Kernbereiche, die wir nicht antasten werden**, weil sie uns zu wichtig sind – beispielsweise die **kostenfreien Bildungseinrichtungen in unserem Land, die Jugendförderung und die Kulturförderung sowie der ökologische Umbau unserer Energieversorgung**.

Einen bedeutenden Beitrag zur Haushaltskonsolidierung werden der Landesbetrieb **Bau** und der Landesbetrieb Mobilität leisten müssen. Beide werden in den nächsten Jahren **nur noch wirklich unabweisbare Vorhaben** realisieren können.

Außerdem werde ich eine Arbeitsgruppe beauftragen, weitere Effizienzpotentiale bei den Mittelbehörden, aber auch bei allen übrigen Verwaltungen des Landes zu benennen. Unsere Konsolidierungsstrategie umfasst auch die Überprüfung aller Gesellschaften mit Landesbeteiligung. Außerdem streben wir an, die **länderübergreifende Zusammenarbeit** in geeigneten Bereichen auszubauen.

Eine der größten Positionen im Landeshaushalt sind die **Personalausgaben**. Hier werden wir ebenfalls ansetzen müssen. **Wir werden im Bereich des finanziellen Dienstrechts verschiedene Einsparungen vornehmen und deshalb sagen wir den Beamtinnen und Beamten schon jetzt, dass ihre Besoldung ab 2012 um ein Prozent jährlich steigen wird. Familien mit Kindern sollen dabei begünstigt werden.**

Darüber hinaus werden wir die **Erhöhung des Ruhestandseintrittsalters um zwei Jahre** prüfen. Bestandteil dieser Prüfung sind **flexible Übergänge** und die Überlegung, für besonders belastete Berufsgruppen Ausnahmeregelungen zu schaffen.

Die Landesverwaltung wird auch auf die demografischen Veränderungen reagieren und neue technische Möglichkeiten nutzen, dementsprechend wird sie kleiner werden können: Um die Einsparziele, die wir uns gesetzt haben, zu erreichen, werden alle Dienststellen und **alle Verwaltungen des Landes ihren**

Personalbestand in den nächsten Jahren zurückfahren müssen. Hierfür werden wir die natürliche Fluktuation nutzen. Es wird keine betriebsbedingten Kündigungen geben. In welchen Bereichen Stellen nicht nachbesetzt werden, entscheiden die Ministerinnen und Minister in eigener Verantwortung auf der Basis der Haushaltsvorgaben, die das Parlament setzt.

## **Frei und sicher leben**

Rheinland-Pfalz ist ein Land, in dem die Menschen sicher leben. Daran soll und wird sich nichts ändern. Die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger vor Kriminalität aller Art bleibt ein zentrales Versprechen dieser Landesregierung. Wir gewährleisten eine moderne, gut ausgestattete und bürgernahe Polizei mit 9.014 Beamtinnen und Beamten. Das bedeutet: Die Polizeistärke bleibt erhalten, auch in der Fläche. Dass wir dazu 9.014 Polizistinnen und Polizisten brauchen, ist das Ergebnis einer sorgfältigen fachlichen Analyse. Wir haben sie in diesem Hause eingehend diskutiert. Am Ende der Diskussion haben wir die personelle Ausstattung der Polizei in Rheinland-Pfalz beschlossen – einmütig und mit exakt den Zahlen, die der eine oder andere heute kritisiert. Ich bin sicher: Wir haben auf der Grundlage unseres damaligen Beschlusses Polizistinnen und Polizisten in ausreichender Zahl vor Ort. Auf besondere Belastungen und regionalspezifische Besonderheiten kann so natürlich reagiert werden.

Gestatten Sie mir an dieser Stelle ein Wort des Danks an die Beamtinnen und Beamten der rheinland-pfälzischen Polizei: Sie leisten gute Arbeit, sie sorgen für Sicherheit und Vertrauen bei den Menschen in Rheinland-Pfalz. Sie arbeiten viel, sie arbeiten korrekt, sie arbeiten zum Wohl der Bürgerinnen und Bürger.

Nachdem das Polizei- und Ordnungsbehördengesetz überarbeitet worden ist, sehen wir keinen Bedarf für weitere Eingriffsbefugnisse zur Gefahrenabwehr. Konkret heißt das: Wir werden die getroffenen Regelungen zur Online-Durchsuchung überprüfen. Dem Datenschutz gilt weiterhin unsere besondere Aufmerksamkeit.

## **Prävention, Mediation und Stärkung der Justiz**

Bei der Vermeidung und Bekämpfung von Jugendkriminalität wirken die „Häuser des Jugendrechts“ bundesweit vorbildlich. Die räumliche Nähe aller Beteiligten staatlichen Stellen beschleunigt die Abläufe und macht sie einfacher. Deshalb sollen sie ausgebaut werden.

Vorbeugung gegen Kriminalität bleibt besonders wichtig. Sie ist ein wirksames Mittel zum Opferschutz. Die Opfer von Straftaten haben Anspruch auf unsere Hilfe.

Das erste Ziel des Strafvollzugs in Rheinland-Pfalz ist die Resozialisierung der Strafgefangenen. Denn Strafe ist etwas anderes als Rache. Wir wollen den

**menschenrechtskonformen Vollzug der Sicherheitsunterbringung** unterstützen und in Kooperation mit anderen Ländern voranbringen, um möglichst rasch den Vorgaben des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte zu entsprechen.

Außerdem werden wir ein **Abschiebehaftvollzugsgesetz** schaffen. Wir bekennen uns dabei zu den humanitären Verpflichtungen des Flüchtlings- und Asylrechts. Stärker als bisher wollen wir Härtefallregelungen anwenden, um Einzelfälle menschlich und gerecht zu lösen. Abschiebehaft darf nur die ultima ratio sein. Für die Gewahrsamseinrichtung für Ausreisepflichtige in Ingelheim werden wir einen Vorschlag unterbreiten, wie unter rechtlichen, humanitären und Sicherheitsaspekten sowie unter Berücksichtigung der Folgekosten eine **Neuausrichtung der Unterbringung Ausreisepflichtiger** erfolgen kann. Und es besteht Konsens zwischen den Koalitionspartnern, die Landesunterkunft für Ausreisepflichtige in Trier zeitnah zu schließen.

Wir dürfen dabei aber nicht vergessen, wer die Verantwortung dafür trägt, dass in einigen Staaten der Euro-Zone die Haushalte in Schwierigkeiten sind: Es waren die Banken und die weltweite Finanzindustrie, die mit Geld, mit sehr viel Geld aus den Staatskassen gerettet werden mussten, nachdem sie zum Teil genau darauf spekuliert hatten. Die Staaten Europas haben dafür hohe Schulden aufgenommen. Und ich verlange, dass die Finanzinstitute einen angemessenen Anteil an der Rückzahlung dieser Schulden übernehmen. Die Landesregierung von Rheinland-Pfalz unterstützt deswegen im Rahmen ihrer Möglichkeiten die Forderung des EU-Parlaments nach Einführung einer europaweiten Finanztransaktionssteuer und setzt sich für eine Stärkung der Finanzaufsicht ein.

Soweit die Auszüge aus der Rede-